

Verantwortl. Redakteur: N. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: N. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Votenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Votenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neuesten 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Mittwoch, 8. Dezember 1897.

Annahme von Anzeigen Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: H. Mosse, Haacke & Vogler, G. B. Daube,
Invalidenbank, Berlin, Bernh. Arndt, Max Gersmann,
Eberhard W. Schenck, Greifswald G. Altes, Halle a. S.
Joh. Bard & Co., Hamburg Joh. Neubaar, A. Steiner,
William Witten, in Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
Fritz. Glaser, Stenograph Aug. J. Wolff & Co.

Österreich-Ungarn.

Wien, 7. Dezember. Die Fortschrittspartei hat in ihrer heutigen Sitzung beschlossen, die Vorläge des Ministerpräsidenten abzulehnen. Die Abgeordneten wollen noch heute in ihre Heimath reisen. — Gaudich, welcher Vormittag vom Kaiser in besonderer Audienz empfangen wurde, wird im Laufe des Nachmittags den letzten Versuch zu einer Verständigung machen.

Wien, 7. Dezember. Abgeordnetenhaus, Franz Rostkitzky beantragte, die Provisoriums-Vorlage, da sie einen rein staatsrechtlichen Charakter habe, an die Kommission zu verweisen; er bezweifelte, daß diese Vorlage werde Gesetz werden. Das Haus habe die erste Provisoriums-Vorlage überreicht bewilligt; Ungarn habe sich Österreich angeboten, Österreich habe Ungarn abgewiesen. Ungarn brauche Österreich nicht nachzulassen; letzteres habe keine besondere Lust, mit Ungarn den Ausgleich abzuschießen; die gegenwärtigen Zustände in Österreich könnten nicht verfassungsmäßig genannt werden. Seine, des Redners, Partei stehe auf der Grundlage der Personalunion und werde mit aller Kraft für dieses Prinzip kämpfen, wenn sie sich auch immer das Ansehen des Parlaments vor Augen halten werde. (Gespräche auf der äußersten Linken.) Ministerpräsident Baron Banffy erklärte, er wünsche, daß es sich heute nur um die Modalität der Verhandlung der Vorlage handle, sich über diese selbst nicht zu äußern, er wolle nur darauf hinweisen, daß auch die erste Provisoriums-Vorlage dem Finanzausschuß genehmigt worden sei; dasselbe könne auch mit der heutigen Vorlage geschehen. Er könne daher dem Antrage Rostkitzkys nicht beistimmen.

Frankreich.

Paris, 4. Dezember. Eine ganze Gemeinde, so wird aus Bordeaux gemeldet, ist vom Katholizismus zum Protestantismus übergetreten. Die Gemeinde Vellefond in der Gironde (Gironde). Doch scheint der Religionsseifer bei dieser Bekehrung eine kleine Rolle gespielt zu haben. Das kleine Dorf Vellefond, das seinen eigenen Gemeinderath besitzt, war seit 1808 der Pargemeinde Monagone zugehörig, und jeden Sonntag kam ein Geistlicher dieser Ortsgemeinde, um in der Kirche von Vellefond die Messe zu lesen. Anfangs traf aber der Geistliche von Bordeaux die Anordnung, daß Vellefond fortan einem anderen Kirchsprengel angehören soll. Die Entfernung von Vellefond nach Monagone ist nicht größer als von Vellefond nach Monagone, aber die Entfernung mißt der Einwohnerzahl, die an ihren alten Wohnorten hing. Ein Protest des Gemeinderaths half eben so wenig, als eine Petition der Bürger von Vellefond, und nun griff man zu einem heroischen Mittel. Der Pastor der neuen Ortsgemeinde Castillon wurde herbeigerufen, und dieser predigte in der Kirche von Vellefond so schon daß der Uebertritt zum Calvinismus beschlossen wurde. Ein ähnlicher Vorgang trug sich vor etwa zwanzig Jahren in der Provinz zu. Ebenfalls in Folge eines Streites mit dem geistlichen Behörden dekretirte der Gemeinderath eines großen Dorfes den Austritt aus der katholischen Kirche und den Anschluß an die reformirte. Pastoren und Laien setzten sich in Bewegung, um die Leute in der neuen Glaubenslehre zu unterrichten; aber nach wenigen Jahren war das ganze Dorf wieder katholisch, weil die Frauen sich nicht an die Schlichtheit des reformirten Gottesdienstes hatten gewöhnen können.

Türkei.

Konstantinopel, 7. Dezember. Die türkischen Blätter sprechen sich über die Herstellung normaler Beziehungen der Türkei zu Griechenland befriedigt aus.

Amerika.

Port au Prince (Haiti), 6. Dezember. Die Bevölkerung verhält sich jetzt ruhig. Die gegenwärtigen Anzeichen bestätigen die Annahme, daß die Regierung von Haiti, um Unruhen zu vermeiden, die Forderungen Deutschlands erfüllen werde.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 8. Dezember. In einem Handelskeller des Hauses Wobbekestr. 56 entstand gestern Nachmittag um 3 Uhr ein Feuerbrand, der zu einer Alarmierung der Feuerwehre Anlaß gab. — In Kößlin ist gestern Vormittag die Auflösung der bismarckischen ökonomischen Gesellschaft vollzogen worden.

Der Ober-Regierungsrath Buchholz zu Breslau ist an die königliche Regierung in Kößlin veretzt worden.

(Personalveränderungen im Bereiche des 2. Armee-Korps.) Dr. Schütz, Assistenzarzt 2. Kl. der Landwehr 1. Aufgebots vom Landwehrbezirk Stettin, zum Assistenzarzt 1. Kl. befördert. Dr. Dorbrügge, Unterarzt der Reserve vom Landwehrbezirk Stettin, unter gleichzeitiger Anstellung im aktiven Sanitätskorps und zwar beim Feldartillerie-Regiment Nr. 36, zum Assistenzarzt 2. Kl. befördert. Dr. Fauschauer, Oberstabsarzt 2. Kl. und Regimentsarzt vom 2. pomm. Infanterie-Regiment Nr. 9, der Charakter als Oberstabsarzt 1. Kl. verliehen. Mantzschell, Probianitäts-assistent in Stettin, als Probianitätskontrolleur auf Probe nach Koblenz zum 1. Januar 1898 versetzt.

In der Zeit vom 28. November bis 4. Dezember sind hieselbst 30 männliche und 34 weibliche, in Summa 64 Personen polizeilich als verstorben gemeldet, darunter 26 Kinder unter 5 und 18 Personen über 50 Jahre. Von den Kindern starben 7 an Krämpfen und Krampfschmerzen, 6 an Lebensschwäche, 2 an Durchfall und Brechdurchfall, 2 an Entzündung des Brustfells, der Luftröhre und Lungen, 2 an Gehirnentzündung, je 1 an Abzehrung, Keuchhusten, Diphtheritis, Masern und Scharlach. Von den Erwachsenen starben 7 an Scharlach, 6 an Lebensschwäche, 5 an Entzündung des Brustfells, der Luftröhre und Lungen, 3 an anderen entzündlichen Krankheiten, 3 an organischen Herzerkrankungen, 3 an chronischen Krankheiten, 3 an Altersschwäche, 2 in Folge von Unglücksfällen, 1 an Diphtheritis, 1 an Säuferwahnsinn, 1 an Entzündung des Unterleibs, 1 an Schlagfluß und 1 an Gehirnentzündung; 1 Erwauchener beging Selbstmord.

Polizeiliche Gesellschaft, Sitzung am 3. Dezember. Nach der General-

rathung; dann Petroleum-Interpellation Basser-mann.
Schluß 5 1/4 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 7. Dezember. Die Ausgaben, welche das Reich als Arbeitgeber für die staatliche Arbeiterversicherung zu machen hat, werden zum ersten Male im Rechnungsjahre 1898 keine starke Steigerung gegenüber dem Vorjahre aufweisen. Bei der Militärverwaltung, welche auf diesem Gebiete die meisten Aufwendungen zu machen hat, ist in dem Etat für 1898 eine Summe für Kranken-, Unfall- sowie Invaliditäts- und Altersversicherung eingestellt, die so gut wie keine Erhöhung gegen die des laufenden Etatsjahres anzeigt. Lediglich bei der württembergischen Verwaltung hat sich eine Erhöhung um einige Hundert Mark als notwendig herausgestellt. Für das preussische u. s. w. Kontingent, sowie für das sächsische ist es bei den früheren Ansätzen geblieben. Ingesamt beträgt die Militärverwaltung für diesen Zweck jährlich rund 3/4 Millionen Mark. Bei den beiden anderen, hier noch mit größeren Summen in Betracht kommenden Reichsverwaltungen, der Marine- und der Postverwaltung, hat sich im Etat eine Erhöhung der ausgeworfenen Summen notwendig gemacht, sie ist jedoch nicht bedeutend und beträgt für jede der beiden Verwaltungen rund 20 000 Mark. Die Marineverwaltung braucht darnach auf 1898 für die Arbeiterversicherung rund 425 000 Mark, die Postverwaltung rund 234 000 Mark. Rechnet man noch die kleineren Verwaltungen, wie Reichsbräuderei u. s. w. hinzu, so kommt man auf eine Summe von 1 1/4 Mill. Mark, welche das Reich als Arbeitgeber jährlich für die Versicherung der von ihm beschäftigten Arbeiter auszugeben hat.

Berlin, 7. Dezember. Ueber den Empfang des Reichstagspräsidenten durch den Kaiser wird noch gemeldet, daß der Monarch, als er das Gespräch auf die großen Arbeiterstände der letzten Zeit lenkte, die Disziplin der englischen Maschinenarbeiter bewunderte, welche schon Monate lang um den Achtstundentag kämpfen, ohne daß bisher die geringste Nachgiebigkeit vorzufallen wäre. Bei Erwähnung des Bedenkens, ob es opportun sei, den nächsten Reichstag durch den gegenwärtigen in der Flottenfrage zu binden, soll der Kaiser der Meinung Ausdruck gegeben haben, daß allerdings die nächsten Wahlen kaum weniger oppositionell ausfallen dürften als diejenigen vom Jahre 1893.

Wegen Erkrankung des Admirals Batsch wird Admiral Hollmann am 14. d. Mts. die Taufe des in Danzig neu erbauten Panzers „M“ vollziehen.

Die Meldung, Admiral von Diederichs habe Befehl erhalten, seinen fremden Kriegsschiffen den Zugang in die Kiao-Tschau-Bucht zu gestatten, ist der „N. N. Ztg.“ zufolge unbegründet.

Die Nachricht von dem Tode des Afrika-forschers Dr. Eugen Zintgraf erregt in kolonialen Kreisen allgemeines Bedauern. Zintgraf hatte dem Werke der Erforschung Kameruns seine vollste Hingabe gewidmet, zuerst als Beauftragter der Regierung, dann als freier Reisender; seine Züge in das Innere waren mit großer Mühseligkeit angefüllt und zum Theil sehr erfolgreich. Sein besonderes Augenmerk richtete Zintgraf auf die wirtschaftliche Entwicklung der Kolonie, die Anlage neuer Plantagen und die Lösung der gerade in Kamerun so überaus schwierigen Arbeiterfrage. Solchen wirtschaftlichen Interessen war in erster Linie die Reise gewidmet, die er zusammen mit den Herren Bösch und Esser unternahm und die die Anlage neuer großer Plantagen zur Folge hatte. Hier hat er sich auch die Krankheit geholt, die den noch nicht 40jährigen Mann, der bisher allen Anfechtungen des westafrikanischen Klimas fleißig widerstanden hatte, niederwarf. Sein Name wird mit der ersten Geschichte unserer Kolonie Kamerun verbunden bleiben, denn er gehörte zu ihren eifrigsten Pionieren und hätte sicherlich noch Bedeutendes leisten können, wenn ihn der Tod nicht hinweggerafft hätte.

Die diesjährige allgemeine Schaftsaufbesserung mußte auch in den Kreisen der Provinzialbeamten die Hoffnung erwecken, daß sie nicht ohne Wirkung auf ihre Befoldung vorübergehen werde. In der That sind auch die Herren Landesdirektoren in Wiesbaden und in Berlin zu einer Konferenz zur Regelung der Provinzialbeamtengehälter zusammengetreten. Da diese Konferenzen bereits im Juli und Oktober stattgefunden haben, so mußte man die Ueberzeugung gewinnen, daß die geplante Regelung spätestens bis zum 1. April 1898 in Kraft treten werde. Von verschiedenen Seiten gehen uns jedoch Mittheilungen zu, daß die Aufbesserung noch bis zum April 1899 hinausgeschoben worden sei. Aus welchem Grunde dies geschehen sein sollte, ist nicht ersichtlich. Finanzielle Schwierigkeiten können der Verzögerung nicht zu Grunde liegen, und vom April t. J. trennt uns noch eine Zeit, die mehr als ausreichend ist zur Vorbereitung und Ausarbeitung eines neuen Besoldungsplanes. Provinzialbeamte sind Staatsbeamte und sollten daher auch ihnen gleich behandelt werden.

Die national-liberale Partei entsendet in die Budgetkommission die Herren Dr. Hammacher, Dr. Baasche, Wassermann und Dr. Haffke. In der Regierungskommission wird deren langjähriger Vorkämpfer Dr. Baasche die Fraktion weiter vertreten.

Aus Posen schreibt man der „Kölnischen Zeitung“: Die Wahlvorbereitungen der Polen lassen bereits deutlich erkennen, daß der polnische Mittelstand und das Bauern- und Arbeiterthum um den Vorrang in der Politik mit der Hofpartei ringen. Man muß annehmen, daß der Adel und die Geistlichkeit dabei unterliegen werden; denn langsam gewinnt die Volkspartei an Boden. Es tritt damit abermals ein radikales Element in die polnische Politik ein, und der Kampf derselben gegen das Deutschthum ist umso mehr zu beachten, als er auf das wirtschaftliche Gebiet übertragen wird. Nur eine nachdrückliche Besiedelungstätigkeit der Regierung kann durch Schaffung deutscher Dörfer dem deutschen Handwerker und Kaufmann, die jetzt wirtschaftlich arg bedrängt sind, wieder einen sichern Absatz schaffen. Dann werden auch diese Leute sich wieder zu ihrem Deutschthum bekennen.

zu prüfen und die Stellungnahme uns nur von Gründen, die in der Sache selbst liegen, diktiert zu lassen. Redner bemerkt weiter: Die Bedenken, die von der finanziellen Seite, von der allgemeinen Finanzlage, herzuweisen seien, seien doch nicht so ganz von der Hand zu weisen, wie gemeint worden sei. Die jetzigen rothen Darstellungen stünden doch sehr im Gegensatz zu früheren, bei anderen Gelegenheiten, und es werde daher sehr sorgsam zu prüfen sein, ob die Finanzlage wirklich eine so günstige sei. Man wolle auch unterprüfen müssen, ob es wahr sei, was die offiziellen Presseleute jetzt, ebenfalls im Gegensatz zu früher, sagen: daß es ohne eine gesetzliche Regelung nicht gehe. Ich für meine Person meine ja allerdings, und Neulichs ist schon früher in der Kommission betont worden, daß es möglich sei, endlich einmal Klarheit über das, was betrifft die Organisation der Marine, geplant und wünschenswerth ist, zu erlangen. Es scheint mir auch, daß in der Begründung der Vorlage vielleicht schon etwas zu viel für das Ausland gesagt sei. Das ist auch mit ein Hauptgrund, weshalb meine Freunde meinen, daß die Vorlage in einer Kommission beraten und dort weitere Aufklärungen gegeben werden müssen. Ich kann vielleicht auch für meine Person die Einzelanforderungen mit Freude begreifen, aber daraus folgt nicht, daß man auch dieser gesetzlichen Regelung zustimmen muß. Man erwähne sich nur des vielfachen Bedenkens in den Anschauungen der Marineverwaltung über Torpedos, Kreuzer, Panzer. Setzt sollen sich ja nun freilich die Anschauungen bei der Marineverwaltung geklärt haben, aber auch die Technik bleibt doch eine fortwährende. Zumal angesichts der Fortschritte der Elektrotechnik. Meine Freunde meinen also, daß gerade auch diese Frage der gesetzlichen Regelung in der Kommission sorgfältig erwogen werden muß. Sodann fehlt uns auch bisher jede Angabe darüber, was die Regierung uns alljährlich noch abzufordern gedenken an sonstigem „Zubehör“, an Torpedofahrzeugen, Kanonenbooten. Auch das bedarf gründlicher Prüfung. Auch wird, wenn es überhaupt zu einer gesetzlichen Regelung kommt, dieser ganze Zubehörs, wie das in Italien geschehen ist, ebenfalls in die gesetzliche Regelung einbezogen werden müssen. Man hat dieses Septennat ein Aeternat genannt. Eigentlich bindet man sich aber doch bei jedem Gesetz, z. B. bei Beamtenbesoldungen. Zugabe ist, daß eine moralische Bindung vorliegt für die verbündeten Regierungen. Der Reichstag würde sich nach etwa fünf Jahren sogar noch viel eher einer solchen Bindung entziehen können, als die verbündeten Regierungen. Die wirtschaftliche Bindung für die Regierung liegt jedenfalls in dem Gezele selbst, denn die Regierung würde niemals über diese Vorlage hinaus etwa noch ein Schwellerschiß fordern können, niemals ein neues Linienfähnlein über das vorgelegene Geschwader hinaus. Es erscheint mir erwägenswerth, das Geschwader als Gefechtsinheit in die Vorlage hineinzuschreiben. Ist den Regierungen diese ganze Sache so wichtig, dann sollten sie doch auch dieser, ich möchte es nennen innerlichen Bindung in der Organisation zustimmen. Der Reichstag hat es in der Hand, ebenso gut wie die Schiffe, so auch die Formationen, die jährlichen Indienststellungen festzulegen. Das wären Bindungen, denen sich einerseits die verbündeten Regierungen, wenn es ihnen Ernst ist, fügen könnten, Bindungen, welche andererseits aus dem Reichstagsentscheidungen würden, dem Gesetz zuzustimmen. Jedenfalls ist diese Vorlage überhaupt eines der glänzendsten Zeugnisse, welches die Regierung diesem Reichstage, dem Reichstage von 1893, der kein Kartell-Reichstag ist, angedacht hat. Ebenso wie das Bürgerliche Gesetzbuch, ebenso ist diese Vorlage, diese nationale Vorlage, ein Zeichen des Vertrauens, welches die Regierung zu diesem Reichstage hegen. (Beifall und Heiterkeit links.) Man könnte auch für die Schiffschiffe eine bestimmte Summe, und für die Erhaltung eines bestimmten Prozentsatz in das Gesetz schreiben. Will man zum Bundesrathstische die Organisation, so würde man auch in solche Forderungen willigen müssen. Namentlich wird dies auch notwendig sein, damit die Deklassierungsfrage aus den Debatten aussteige. Gegen die Zahl der Auslandsschiffe haben wir keine Bedenken mit Rücksicht auf unsere Interessen im Ausland. Klarheit muß auch über den in der Vorlage noch nicht enthaltenen Bedarf an Zubehör geschaffen werden. Will etwa der Staatssekretär uns die künftige Versicherung abgeben, daß die, wie er es nennt, lebendige Kistenversicherung die übliche Versicherung überflüssig macht? Ich glaube, er wird sich hüten, uns eine solche Versicherung abzugeben. Und da wird man es einem Volksvertreter nicht über nehmen können, wenn er fragt, ob die Einnahmen des Reichs für alle diese Ausgaben reichen, ohne daß neue Steuern erforderlich sind? Ich für mein Theil möchte das verneinen. Für eine Vermehrung der indirekten Steuern ist mit dem Zentrum kein Geschäft mehr zu machen. (Auf Räder's: Also, also direkte Steuern!) Ob es nun gerade die indirekten Reichseinkommensteuern sein muß, das weiß ich nicht. Wenn uns die Regierung verspricht und zusichert, daß die Kosten dieser Vorlage nicht auf die Schültern der breiten Massen gelegt, sondern von denen getragen werden, denen die Vorlage hauptsächlich zu Gute kommt, so ist jedenfalls mein Befehl des Widerstandes gegen die Vorlage gebrochen. Redner wiederholt zum Schluß nochmals, das Zentrum denke nicht daran, die Vorlage wie Richter a limine abzulehnen, sondern werde sie sorgfältig prüfen. Er hoffe, es werde aus den Beratungen der Kommission eine streitbare Marine und ein kinneseiniger Reichstag hervorgehen. (Beifall.)

Staatssekretär Tirpitz bemerkt: Der soeben vom Vorredner angeregte Gedanke einer Limitierung der Kosten ist von den Regierungen noch nicht erwogen worden. Ich würde dem Gedanken sympathisch gegenüberstehen, vorausgesetzt, daß der vorliegende Zweck erreicht wird.

Abg. v. Bernstorff-Neigen (Weisse) weist auf die große Steigerung der Marine- und Militär-Ausgaben hin und macht seine und seiner Freunde Stellungnahme von dem Ergebnis der Kommissions-Verhandlungen abhängig, dabei aber einen gebührenden Ausgang derselben erhoffend.

Sodann verlegt sich das Haus.
Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr.
Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Be-

am Gelde fest, werden die Einzelstaaten kommen, erst Herr Miquel, der ja jetzt schon in jeder Abgeordnetenhaussession über den Reichstag klagt, dann Bayern und alle die anderen bis hinab zu Meiningen (Heiterkeit) und werden rufen: wir brauchen unbedingt neue Steuern. (Heiterkeit.) Was das Staatsrecht anlangt und den Druck desselben, den der Reichstangler bestreitet, nun, wir wollen uns nicht um Worte streiten, aber, daß hier eine Bindung des Reichstages vorliegt, ist doch sicher. Wenn wir Neulichs nach der entgegengekehrten Richtung hin forderten, wie würde man da über Verletzung der Kronrechte sprechen. (Aufse links: sehr richtig!) Wir sind doch leider schon nach so vielen Richtungen hin gebunden (Sehr wahr! links), daß wir uns hüten sollten, uns von unserem Staatsrecht noch das Geringste nehmen zu lassen. Es ist dies der erste Versuch, das Staatsrecht des Reichstages zu verletzigen durch Festlegungen auch auf dem Gebiete des Extraordinariats. Ein wahres Meer von Streitigkeiten entsteht, wenn wir uns auf so und so viel große Kreuzer zu binden sollen, denn was heißt ein großer Kreuzer? Auch er kann so oder so sein! Nun spricht Graf Limburg von einer moralischen Bindung auch der Regierungen. Moralische Bindung! (Heiterkeit.) Wie sich die Regierungen gebunden fühlen, hat man ja bei den Militär-Septennaten gesehen. Man ist uns stets schon lange vor deren natürlichem Ablauf mit Neuordnungen gekommen. Das englische Gesetz, auf welches man sich bezogen hat, enthält nichts von Schiffsbestand und bestimmter Indiensthaltung. Und wollen Sie etwa, wie an englischen Gesetzen, etwas über Kommissuren bestimmen? Was heißt überhaupt dieser Vergleich zwischen deutschen Gesetzen und englischen Gesetzen? Dort bestimmt das Parlament. Hier können wir ein Vereinsrecht oder was sonst beschließen, so oft wir wollen, die Regierungen kümmern sich nicht darum. Also lassen Sie doch die Bezugnahme auf England. (Beifall links.) In England und anderen Ländern sind auch die Verordnungen nicht nur formell, sondern wirklich verbindlich. Man kennt dort keinen „obersten Reichsbefehl“, keine „Kommandogewalt“. Wenn wir hier unsere Rechte wahren, so wahren wir daher auch zugleich die Rechte der sich wirklich verantwortlich fühlenden Minister. Die Herren waren ja alle gestern sehr liebenswürdig. (Heiterkeit.) Das sind wir auch. (Große Heiterkeit.) Aber was nützt es uns, wenn wir anfangen, Vertrauen zu ihnen zu haben (Heiterkeit), morgen sind sie vielleicht fort. (Stürmische Heiterkeit.) Wo ist ein Reichstag, der so wenig Einfluß hat, ein so bescheidenes Maß von Rechten. Wir denken gar nicht daran, den Staat loth zu legen zu wollen, wie können wir das auch bei unseren bescheidenen Rechten? Nein, wir wollen nur auf finanzielle Ordnung halten! Graf Limburg meinte, wir sollten dem Anstande Einigkeit zeigen. Ja, dann wollen wir das doch lieber alljährlich thun und uns nicht ein für alle Mal vorher binden. Dieses Gesetz ist kein Gesetz zur Erhöhung unseres Ansehens im Ausland, sondern ein Gesetz des Vertrauens gegen die Volksvertretung. Fürst Bismarck hat unlängst nicht unzutreffend gesagt, er habe wohl den lischen Reiter etwas zu sehr in den Sattel gehoben. Wir lehnen dieses Gesetz ab, von vorne herein, weil wir die Volksrechte nicht noch mehr geschnitten wissen wollen. (Sehr leb. Beifall.)

Staatssekretär Tirpitz führt zunächst aus, gerade die Zwischenfälle in Haiti und China zeigten die Unzulänglichkeit unserer Flotte. Das zwischen ihm und seinem Amtsvorgänger ein Widerspruch bestehe hinsichtlich der Typen, befreite er. Vollmann habe schon dieselben Typen vorgeschlagen, wie vorliegendes Gesetz. Herr Richter stelle das Aeternat als etwas Schlimmes dar. Aber der Reichstag werde doch gewiß eine Flotte, die er bewillige, auch erhalten wollen. Wenn der Reichstag gebunden werden solle, nun, so bänden sich doch auch die verbündeten Regierungen. Der Vorwurf der Unvorsichtigkeit sei unberechtigt gegenüber der Thatfache, daß hier eine Festlegung gewollt sei. Richter habe angedeutet, daß noch andere Faktoren mitzusprechen, d. h. also wohl das Marinekabinett. Was hier vertreten werde, das vertrete aber er, der Staatssekretär, verantwortlich und aus voller Ueberzeugung. Weiter habe Richter seine Beziehungen zur Presse erwähnt. Er selbst mache aber keine Ausnahmen und würde seine zur Aufklärung dienenden Nachrichten eventuell auch der „Presse“ zugeben. (Heiterkeit.)

Abg. Graf Arnim erklärt namens der Reichspartei, dieselbe habe die Vorlage für eine sehr gute Grundlage für eine Verständigung, zumal Angesichts der übereingestimmten Darlegungen der Denkschrift über unsere Seemehrheiten. Die Sozialdemokraten freilich meinten ja, die Schiffe seien nichts weiter als eine künftige Feindschaft der Regierung, während in Wirklichkeit die Schiffe dem Schutze unserer nationalen Arbeit dienten. Auch Richter habe leider kein Verständnis für die Bedeutung der Kreuzer für den Schutz unseres nationalen Handels. Das Mißverhältnis zwischen Bedeutung des Handels und Schutz desselben durch die Marine sei nirgends so groß als bei uns. Richters Behauptung, daß nirgends im Ausland der Flottenbestand in ähnlicher Weise festgelegt sei, ist irrig, denn in Italien sei das geschehen. Und in England auch, denn die dortige 400 Millionen-Anleihe laufe doch auf eine Festlegung hinaus.

Abg. Licher (Ztr.): Meine politischen Freunde sind nicht wie die Abg. Richter und Jagdweber, sowie Graf Limburg und Arnim, mit einem fertigen Votum in die erste Lesung eingetreten. Daß es sich um etwas Wichtiges handle, diesen Eindruck haben meine Freunde, aber unter diesem Eindruck ist es ihnen völlig unmöglich, in diesem Augenblicke zu einem abschließenden Urtheil zu kommen. Die politische Lage für solche Vorlage ist die denkbar ungünstigste. Nach langem Hängen und Wägen ist diese Vorlage und auch die Militärstrafprozess-Vorlage im Bundesrat zu Stande gekommen. Auch in Bezug auf diese sind wir mit unserem Urtheil nicht so fertig wie Herr Schönlank. Wir werden sie mit allem Wohlwollen, aber mit der jährlichen Sonde prüfen. Leider ist ferner das Versprechen betr. der Vereinsgesetzes-Novelle in Preußen noch nicht eingelöst, obwohl sogar Sachen damit vorgegangen ist. Auch die Forderung des Reichstages in Bezug auf das Jesuitengesetz ist vom Bundesrat nicht berücksichtigt worden. Trotzdem sind wir fest entschlossen, die Vorlage mit voller Objektivität

E. L. Berlin, 7. Dezember.

Deutscher Reichstag.

5. Plenarsitzung vom 7. Dezember, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Reichskanzler Fürst Hohenlohe, v. Tirpitz, Graf v. Posadowsky, v. Bülow u. A.

Die Beratung des Flottengesetzes wird fortgesetzt.

Abg. Richter: Allen nothwendigen Bewilligungen hat sich der Reichstag niemals entzogen, das beweisen die Steigerungen sowohl des Marineats wie auch der Reichsschuld. Seit dem Tode Kaiser Wilhelm's I. hat sich das Ordinarium des Marineats von 37 auf 59 erhöht, und ebenso gestiegen sind die Aufwendungen für Schiffneubauten. Eine solche Aufwandsvermehrung hat unersetzlich auf überseeischen Gebieten noch niemals stattgefunden. Wie kann man da dem Reichstage in Bezug auf die Entwicklung unserer Marine auch nur das geringste Verschulden vorwerfen. Am allerwenigsten in Bezug auf unsere Kreuzerflotte. Denn diesen hat die Marineverwaltung selber früher ein relativ untergeordnetes Interesse zugesprochen. Und was die Panzerschiffe anlangt, so würde nach dem früheren Vollmann'schen Plan erst 1898 ein neues viertes Panzerschiff in Angriff zu nehmen sein, während nach der jetzigen Vorlage schon 1898 zwei weitere, das 4. und 5. Schiff in Angriff genommen werden sollen. Redner legt weiter dar, wie groß die früheren Bewilligungen des Reichstages und wie relativ gering die Abzüge waren. Gegenüber den heftigen Debatten seit 1871 über militärische Forderungen haben ja auch stets die Debatten über den Marineetat eine Art Echolotte dargestellt. Und weshalb? Weil es sich stets nur um jährliche Bewilligungen handelte. Es hat auch niemals seit 1871 an Uebereinkunft über die Anzahl der Stationen gefehlt, bei denen im Interesse des Handels Schiffe zu stationieren seien. Ueberseeische Stationen kann man freilich nicht so schnell schenken, wie man das hier in Berlin vermag, wenn etwa in der Friedrichstraße etwas vorkommt. Und sogar hier sind die Schiffe nicht immer gleich zur Stelle. (Heiterkeit.) Daß wir mit den vorhandenen Schiffen und denen, die schon im Bau sind, auskommen können, hat ja auch Herr Staatssekretär von Bülow zugegeben, als er mit Bezug auf das Gesetz sagte: Wir haben den Willen und haben die Macht! Wenn die Schiffe nicht immer gleich schnell genug erfolgen kann, nun — wie oft müssen nicht immer unsere Staatsbürger hier im eigenen Lande lange warten, ehe sie für eine Unbill Entschädigung erlangen? (Beifall links.) Und wenn wir für jede Unbill eintreten wollen, die Deutsche im Auslande erleiden, müßten wir dann nicht auch für die Deutschen im Ausland, auch für die in Österreich-Ungarn eintreten, die unter fremdem Uebermuth leiden? Graf Posadowsky betonte die Handelsinteressen, ja, die Marine und ihre Machtentfaltung steht in keiner Beziehung zu der Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie. Für diese kommt es nur darauf an, daß die richtige Erkenntnis verbreitet wird, bei uns wie bei den anderen Staaten, von der Möglichkeit guter Handelsbeziehungen. Wenn des Grafen Posadowsky's hochschätzbarer Ansichten Geltung erlangen, dann wird unser Handel viel mehr geschädigt, als ihm durch eine wie weit wie starke Marine genützt werden kann. Für die Auslandschiffe sollen ja überdies der Vorlage zufolge auch nach 7 Jahren nur 1718 Mannschaften mehr verfügbar sein, diese 1718 Mann können doch unmöglich Alles das für den Handel erreichen, was Sie davon erhoffen. Entgegenüber für uns ist doch ferner die Wehrkraft zu bedenken, die Marine hat nur eine sekundäre Bedeutung. Und wenn eine subjektive Vorliebe einen Zweig zu sehr bevorzugen will, so ist es gerade Aufgabe des Parlaments, die vorhandenen Mittel und Zwecke nach ihrer Bedeutung sorgfältig abzuwägen. Man spricht hier immer nur von Septennat, in Wirklichkeit aber handelt es sich um ein Aeternat. Redner geht sodann auf den vielfachen Wechsel ein, der in den Anschauungen der Marineverwaltung zu Tage getreten sei, auf die früheren Zweifel in Bezug auf den Werth der einzelnen Typen, besonders auch der Panzerschiffe und der Kreuzer, auch der Kanonenboote. In der bekannten Erklärung des „Reichsanzeigers“ von vorigen Jahre ist und zwar doch offenbar mit Zustimmung des Reichskanzlers, direkt die Qualifikation des Herrn Tirpitz zur Ausarbeitung von Flottenplänen bestritten worden (Heiterkeit), als Redner den Wortlaut der Erklärung verliest, und noch vor drei Monaten hat die offizielle „Nordd. Allg. Ztg.“ den Etat über solche Pläne gebrochen. Und jetzt sind diese Pläne in die Vorlage aufgenommen. Erkläret mir, Graf Derindur (Heiterkeit), diesen Widerspruch! Redner geht sodann auf die Finanzfrage ein. Der Herr Reichstangler hat einmal von Träumen über eine stolze Flotte gesprochen, die aber auch ihm als Unmöglichkeit erschienen, wenn er sich des Reichstages und der Steuerzahler erinnere. Nun, und doch sollen jetzt diese Unmöglichkeiten Ereignis werden ohne Rücksicht auf die Steuerzahler. Ein Artikel im „Reichsanzeiger“ hat uns am Sonabend vor acht Tagen versichert, neue Steuern seien nicht nöthig. Nun, will man uns diese Versicherung nicht vielleicht gefälligst selbsten? (Heiterkeit.) Es wäre das doch um so nöthiger, als noch 1895 Graf Posadowsky erklärt hat: Die Steuerkraft werde doch immer drohend ihr Haupt erheben. (Heiterkeit.) Will man nicht einfach in die Vorlage hineinschreiben, daß Bier- und Tabaksteuer-Erhöhung nicht erfolgen dürfe? Wie kann man uns überhaupt so bestimmt versichern, daß für volle 7 Jahre neue Steuern nicht nöthig seien? Sie thun gerade so, als wären die Einnahmen alle schon da und warteten nur darauf, für Marinezwecke Verwendung zu finden. Wie anders klingt das, als vor einem Jahre, wo Sie sagten, für die von uns gewünschten Post- und Luftzug-Reformen sei das Geld nicht da! Im nächsten Jahre, meine Herren, läuft das Militär-Quinquennat ab. Eine man hier ein Marine-Aeternat bewilligt, wollen wir doch erst einmal abwarten, wie das nächste Militär-Quinquennat aussehen wird. Jetzt halten die Herren vom Militär freilich mit ihren Forderungen zurück. Uebers Jahr aber, wenn wir hier Alles für die Marine bewilligt haben, werden sie schon kommen. Und dann — wenn es dann

